

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Antrag Fraktion CVP/EVP/glp/BDP

vom 4. November 2016

**Traktandum RG 121/2016: 1. Totalrevision des Jagdgesetzes (JaG) sowie Änderung des Fischereigesetzes (FiG); 2. Änderung des Gebühren-
tarifs (GT)**

Beschlussesentwurf 1

Als § 14^{bis} soll eingefügt werden:

§ 14^{bis}. Verbot der Sonntags- und Nachtjagd

¹ An Sonn- und staatlichen anerkannten Feiertagen ist die Jagdausübung im ganzen Kanton, an Gemeindefeiertagen auf dem Gebiet der betreffenden Gemeinde verboten. Vorbehalten bleiben Verfolgen und Erlegen kranker und verletzter Tiere durch Organe der Jagdaufsicht sowie vom zuständigen Departement bewilligte Ausnahmen.

² Die Jagdausübung zur Nachtzeit ist untersagt; die Ausnahmen regelt das zuständige Departement.

Begründung:

Der vorgeschlagene Wortlaut ist Bestandteil des bisherigen Jagdgesetz Kt. Solothurn § 26, Abs. 1 und 2. In der vorliegenden Gesetzesvorlage erscheint die Regelung über das Sonntags- und Nachtjagdverbot nicht mehr; auch die Botschaft gibt keinerlei Auskunft über die zukünftige Handhabung dieser wichtigen Regelung. Laut Auskunft des zuständigen Departementes soll die Regelung des Sonntags- und Nachtjagdverbotes in der Verordnung geregelt werden.

Das freie Zutrittsrecht von Wald und des angrenzenden Gebietes ist ein hohes Recht und wird vor allem an Sonn- und Feiertagen von sehr vielen Personen aktiv genutzt. Die Bevölkerung darf zu Recht an diesen Tagen davon ausgehen, dass man sich frei und sicher im Wald und im angrenzenden Gebiet bewegen kann. Die Jagdausübung an diesen Tagen würde zu grossem Unverständnis führen und auch ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen.

Eine klare Regelung auf Gesetzesstufe ist daher sehr wichtig und nötig. Die bereits heute geltenden Ausnahmen sollen beibehalten werden und moderate Anpassungen möglich sein. Die Regelung auf Gesetzesstufe garantiert, dass weiterreichende Änderungswünsche auch gebührend, transparent und stufengerecht behandelt, diskutiert und beschlossen werden.